



Niederschrift

über die Sitzung

des Beirates für die Belange von Menschen mit
Behinderungen

am 27.06.2017

Anwesend

- Vorsitz

Wallbrecher, Ursula

- Mitglieder

Böhme, Christine

Boos-Waidosch, Marita

Busch, Gerlinde (Vertretung für Herrn Schweizer)

Jaensch, Ruth

Jera, Klaus (Vertretung für Herrn Jordan)

Kahl, Martina (Vertretung für Frau Ramb)

Neger, Thomas

Reimann, Hermann

Schweinfurth, Wolfgang

- beratende Mitglieder

Hauschild, Petra

- Gäste

Frommelt, Peter

- Schriftführung

Wepler, Susan

Entschuldigt fehlen

- Verwaltung

Ebner, Gabriele

Hensel, Claus

- Mitglieder

Egler, Nora

Jordan, Knut

Kubica, Ellen

Laubenstein, Sandra

Merkator, Kurt

Schweizer, Johannes

Siebner, Claudia

Steitz, Georg

- beratende Mitglieder

Gerhardt, Christiane

Ramb, Magdalena

Schwarzweiler, Bernd
Trautmann, Mike

Tagessordnung

a) öffentlich

1. barrierefreie Wahllokale
2. Erläuterungen zum BTHG
3. Bericht zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai
4. Berichte aus den AKs
7. Anträge
 - 7.1. Aufzug in einem Wohngebäude der Wohnbau
 - 7.2. Veranstaltung mit den Bundestagskandidat*innen
5. Einwohnerfragestunde
6. Verschiedenes
 - 6.1. Terminhinweise

Die Vorsitzende Frau Wallbrecher eröffnet um 16:35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sie stellt den Antrag, noch zwei weitere TOPs auf die Tagesordnung zu nehmen.

TOP 7.1: "Aufzug in einem Wohngebäude der Wohnbau"

TOP 7.2: "Veranstaltung mit den Bundestagskandidat*innen"

Mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird der Antrag einstimmig angenommen.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **barrierefreie Wahllokale**

Herr Frommelt berichtet über die aktuelle Situation der Wahllokale zur Bundestagswahl 2017. Er erläutert, dass es 119 Urnenwahlstimmbezirke in 56 Gebäuden geben wird, wovon 29 Gebäude städtische Gebäude sind. Alle Gebäude seien auf den Wahlbenachrichtigungen als barrierefrei gekennzeichnet. Obwohl einige barrierefreie Gebäude aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zur Verfügung stehen, konnte für diese Gebäude barrierefreier Ersatz gefunden werden. Herr Frommelt schildert, dass er nicht mit Problemen rechne. Kritisch werde die Situation nur bei gemeinsamer Kommunal- und Europawahl, wie z. B. 2014. Damals war noch eine Stichwahl nötig und da noch weitere Veranstaltungen am Wahltag stattfanden, standen nicht genügend barrierefreie Wahllokale zur Verfügung. Der Stadt wurden zwar die Termine mitgeteilt, aber die Stadt hatte damals und habe grundsätzlich keine Möglichkeit, auf die Auswahl einzuwirken, so Herr Frommelt.

Er versichert, dass die Stadt Mainz sich um barrierefreie Wahllokale bemühe und er ist zuversichtlich, zukünftig immer genügend barrierefreie Gebäude anbieten zu können. (s. Anlage)

Frau Boos-Waidosch zeigt sich erfreut, dass im Rahmen der barrierefreien Wahllokale ein Fortschritt zu erkennen sei. Herr Schweinfurth macht darauf aufmerksam, dass auch die anderen Behinderungen im Rahmen der Barrierefreiheit berücksichtigt werden sollten. Herr Frommelt erklärt, dass man sich darum bemühe und sich an den Maßgaben des Bundeskompetenzzentrums orientiere. Alter Baubestand sei nicht immer barrierefrei, aber die Wahlhelfer seien auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen geschult.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.
sich für den Bericht.

Punkt 2 **Erläuterungen zum BTHG**

Frau Busch berichtet über das BTHG (Bundesteilhabegesetz). Für den Beirat stellt sich die Frage, inwieweit die Arbeit des Gremiums von den Neuerungen des BTHG aktuell und in Zukunft beeinflusst werde. Sie erklärt, dass sich die Arbeit des Beirates kaum dadurch verändern werde. Sie berichtet, dass sich inzwischen mehrere Veranstaltungen mit dem BTHG befasst haben.

Im Internet sei ein Link verfügbar mit Hilfestellung zu diesem Thema: Wann tritt was in Kraft usw. Das BTHG tritt stufenweise in Kraft, jeweils '17, '18 und '23. In 2018 soll die Eingliederungshilfe wirksam werden. Bis '22 werden Begleitstudien durchgeführt, um die Bedarfe genauer erfassen zu können. Frau Busch berichtet, dass es sich bisher nicht einschätzen ließe, inwieweit sich die Eingliederungshilfe verändern werde. Es könne passieren, dass Personen zurzeit noch Eingliederungshilfe erhalten und nach dem Wechsel dann nicht mehr, und umgekehrt. Derzeit werde diskutiert, wo die Eingliederungshilfe zukünftig verortet sein soll, beim Land oder der Kommune. Die Bundesländer müssen in diesem Jahr entscheiden, wer die Eingliederungshilfe übernehmen soll. Kritisiert wird, dass es zwischen einzelnen Kommunen große Unterschiede in der Höhe der Eingliederungshilfe gibt. Der Landesbehindertenbeirat sei darum bemüht, einheitliche Regelungen zu erreichen. Derzeit laufen die Bewerbungen der Träger der unabhängigen Beratung. Die Bewerbungsfrist endet im August. Die Anträge werden an eine Beratungsgesellschaft gerichtet, die diese an den Bund weiterleitet, der dann die Entscheidungen trifft. Diese werden wiederum an die Länder weitergeleitet. Kriterien der Bewerbungen sind u. a. umfassende, ganzheitliche Beratung und Peer Counseling. Die Beratungsstruktur soll für Rheinland-Pfalz flächendeckend angeboten werden. Frau Busch schildert, dass sich auch das ZsL beworben habe.

Im kommenden Jahr sollen die Träger der Eingliederungshilfe aktiv werden.

Es wird beklagt, dass der Grundsatz der ambulanten vor der stationären Unterbringung durch das BTHG aufgehoben worden sei. Grund seien die ungenauen Formulierungen im BTHG. Frau Busch befürchtet auch dadurch, dass viele Betroffene ihre Ansprüche gerichtlich einklagen müssten. Eine gute Beratung der Betroffenen sei gefragt. Außerdem empfehle es sich wachsam zu sein.

Das Budget für Arbeit soll es jetzt bundesweit geben. Da das Land Rheinland-Pfalz das Budget für Arbeit schon länger praktiziert, soll die Höhe des Budgets hier über den Bestimmungen des Bundes liegen, so Frau Busch.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Busch für die Ausführungen.

<https://www.aktion-mensch.de/magazin/gesellschaft/bundesteilhabegesetz.html>

<https://www.der-querschnitt.de/archive/25790>

<http://nitsa-ev.de/service/recht/bthg-faq/#Aenderungen2020>

Punkt 3 **Bericht zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai**

Die Vorsitzende äußert sich zufrieden über den Ablauf der Veranstaltung. Der Aktionstag fand in diesem Jahr zum 25. Mal statt. Es wird berichtet, dass die einzelnen Angebote regen Zuspruch gefunden haben. Das Gremium dankt Frau Jaensch für die federführende Organisation. Im nächsten Jahr wird das ZsL die Organisation übernehmen.

Punkt 4 **Berichte aus den AKs**

Herr Jera berichtet, dass sich der AK „Barrierefrei & Kultur“ zurzeit mit den Themen Baumaßnahmen im KUZ, Verlegung von Laufbändern, Aufzugsausfall im Wohnhaus der Wohnbau, Begleitung der Baumaßnahmen in der Bahnhofstraße und dem Trainingstag der MVG (Termin s. unten) befasse. Frau Hauschild bittet darum, dass der Flyer zum Trainingstag der MVG auch in Leichter Sprache verfasst wird. Frau Wallbrecher erklärt sich bereit, dies zu tun.

Es wird auf eine rege Teilnahme am Trainingstag gehofft.

Die beiden Koordinatorinnen des AKs „Soziale Leistungen, Arbeit und Bildung“ sind entschuldigt.

Punkt 7 **Anträge**

Punkt 7.1 **Aufzug in einem Wohngebäude der Wohnbau** **Vorlage: 0994/2017**

Die Vorsitzende verliest den Antrag.

Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wird durch die Geschäftsführung darauf hingewiesen, dass das Gremium keine Anträge an den Stadtrat stellen könne, da er kein Antragsrecht habe.

Herr Neger macht den Vorschlag, sich mit dem Aufsichtsrat der Wohnbau und den Stadtratsfraktionen in Verbindung zu setzen.

Nach kurzer Diskussion kommt der Beirat überein, dass die Vorsitzende und Frau Boos-Waidosch sich an die Fraktionen des Stadtrates wenden und um Unterstützung bitten sollen. Herr Schweinfurth bedankt sich für den Vorschlag, denn so könne den Bedürfnissen der Betroffenen Genüge getan werden.

Punkt 7.2 **Veranstaltung mit den Bundestagskandidat*innen**

Die Vorsitzende verliest den Veranstaltungshinweis zum 31.08.2017 „Diskussion mit Kandidaten zur Bundestagswahl“ (s. Anlage).

Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wurde gebeten, Kooperationspartner für diese Veranstaltung zu werden.

Mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird die Kooperation einstimmig beschlossen.

Frau Boos-Waidosch teilt mit, dass am 25.07.2017 um 18:00 Uhr im Café des Landesmuseums ein Vorbereitungstreffen für diese Veranstaltung stattfindet und Interessenten willkommen sind.

Punkt 5 **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

Punkt 6 **Verschiedenes**

Punkt 6.1 **Terminhinweise**

Die Vorsitzende teilt folgende Terminhinweise mit:

- Trainingstag MVG: 20.10.2017, 14:00 – 17:00 Uhr, Kaiser-Karl-Ring 39
- Landesmuseum, Cafeteria: Vorbereitungstreffen für den 31.08.2017, 25.07.2017, 18:00 Uhr.
- Austausch mit den Bundestagskandidaten: 31.08.2017, 17:00 Uhr – 18:30 Uhr, Hotel INNdependence, Gleiwitzer Str. 4
- Nächstes Treffen AK „Barrierefreiheit & Kultur“: 12.09.2017, 16:30 Uhr, Rathaus
- Nächstes Treffen AK „Soziale Leistungen, Arbeit und Bildung“, 26.09.2017, 16:30 Uhr, Rathaus

- Veranstaltung zu „Woche des Sehens“ in der Mainzer Augenklinik, 12.10.2017
- Nächste Sitzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen, 19.10.2017, 16:30 Uhr.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

gez.
Ursula Wallbrecher
(Vorsitzende)

gez.
Susan Wepler
(Schriftführung)